

Kleine Anfrage der Fraktion der SPD

Strategien zur Aufwertung und gerechten Verteilung von Care-Arbeit entwickeln

Durch Heimunterricht von Kindern sowie den Wegfall von Betreuungsmöglichkeiten u.a. in den Kitas und der Unterstützung von pflegebedürftigen Angehörigen sind Frauen von der Corona-Krise in besonderem Maße betroffen. Denn die, häufig bei den Frauen liegende, familiäre Verantwortung in Verbindung mit Homeoffice-Regelungen kann zu einer enormen Belastung im Alltag führen.

Frauen leisten ohnehin den Hauptteil der unbezahlten Pflege-, Betreuungs- und Hausarbeit. Die Verrichtung von Care-Arbeit, auch Sorgearbeit genannt, wurde auch schon vor Corona-Zeiten oftmals als selbstverständlich durch Frauenhand ausgerichtete Tätigkeit angesehen. Und auch wenn Männer zunehmend mehr Aufgaben in der Familie und im Haushalt übernehmen, liegt die Verantwortung für diesen Bereich nach wie vor überwiegend bei den Frauen. Diese Verantwortung fußt auf einem tradierten Rollenverständnis des Kümmerns und Sorgens, welches gesellschaftlich tief verwurzelt zu sein scheint. Im Zuge der Corona-Krise warnt deswegen beispielsweise der DGB vor einer „Retraditionalisierung der Geschlechterrollen“, [...] die Frauen „eigenständige finanzielle und berufliche Existenzen verwehrt.“

Die Entscheidung, wer in einer Partnerschaft die Sorge-Arbeit für die Familie übernimmt, wird oft nach der Einkommensstärke getroffen. Da Frauen in Deutschland 21 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen verdienen, fällt die Wahl oftmals auf sie. Der Gender Pay Gap von 21 Prozent wird auch darauf zurückgeführt, dass Frauen häufig in Teilzeit arbeiten, was geringere Renten zur Folge hat. Deswegen hat die SPD auf Bundesebene das Recht auf Rückkehr von Teilzeit in die Vollzeit durchgesetzt.

Eine Aufwertung des unterschätzten Bereiches Care-Arbeit, der ökonomisch und gesellschaftlich bisher viel zu wenig Anerkennung erfährt, obwohl er das Fundament der Gesellschaft darstellt, ist überfällig. Denn das Wirtschaftsleben in Deutschland funktioniert eben nur, weil – nach wie vor weit überwiegend – Frauen im häuslichen Umfeld die Kinderbetreuung, den Haushalt, die Pflege von sozialen Kontakten mit Freunden und Familien oder die Pflege von Angehörigen koordinieren und übernehmen. Damit hier eine Entlastung stattfinden kann, setzt sich die SPD fortwährend für einen weiteren Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten ein. Um die Arbeitsteilung zu verändern, hat der SPD-Parteivorstand im März 2020 und im Zuge der Corona-Krise zudem die Forderung nach einer Familienarbeitszeit erneuert. Hierin ist vorgesehen, dass Eltern jüngerer Kinder ein Familiengeld erhalten, wenn beide

Partner 80-90 Prozent Wochenarbeitszeit verrichten. So soll eine gerechtere Aufteilung der Care-Arbeit ermöglicht und Frauen Anreize geschaffen werden, um wieder eine höhere Stundenanzahl in der Woche zu erreichen. Der im Zuge des Konjunkturpakets von der SPD durchgesetzte Kinderbonus von 300 Euro pro Kind ist in dieser Hinsicht ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer gerechten Kindergrundsicherung, die denjenigen am meisten zugutekommt, die das geringste Einkommen haben, und die die Bedarfe von Kindern realistisch abbildet.

Wir fragen den Senat:

1. Liegen dem Senat Zahlen vor, wie sich die Aufteilung der Care-Arbeit im Bundesland Bremen zwischen Frauen und Männern darstellt?
2. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, um den Anteil der Care-Arbeit an der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Bundeslandes Bremen zu beziffern?
3. Lässt sich bemessen, welchen Einfluss die Übernahme von Care-Arbeit bei der Einkommensbildung eines Haushaltes hat?
4. Wie kann die Anerkennung von Care-Arbeit als elementarer Faktor des Wirtschaftslebens gesteigert werden?
5. Welche Strategie verfolgt der Senat, um sich auf Bundesebene für eine gerechtere Verteilung im Bereich der Care-Arbeit einzusetzen?
6. Hält der Senat es für sinnvoll, auf Bundesebene eine „Familienarbeitszeit“ zu realisieren?
7. Hält es der Senat für möglich, das gesetzliche Arbeitszeitkontingent an die Modellrechnung zur Familienarbeitszeit anzupassen (80-90 Prozent)?

Beschlussempfehlung:

Gönül Bredehorst, Sascha Aulepp, Mustafa
Güngör und Fraktion der SPD